

CORONA-REGIME: DER SOZIALSTAAT LÄSST DIE MASKE FALLEN

In der Sommerausgabe 2021 von *TUMULT* bezeichnet Lothar Fritze die mit einer dramatisierten Pandemie gerechtfertigten Eingriffe in die Lebensverhältnisse der Bevölkerungen als »Sozialexperiment«¹. Der unter dem Rubrum Corona angezielte »Große Neustart« ist aber nicht nur ein Experiment, sondern auch ein Zusammenspiel von gleichgerichteten Interessen globaler Konzerne, insbesondere der IT-Branche, der Pharmamedizin, des Immobiliensektors, der Plattformökonomie und der Vermögensverwaltung, zur Beseitigung traditioneller Herstellungsweisen, Lebensformen und Siedlungsgefüge. Diese Branchen profitieren von der Helotisierung geregelter und selbständiger Arbeit. Man denke nur an den Pandemiegewinnler Amazon. In der selben *TUMULT*-Ausgabe beschreibt Peter J. Brenner, wie nach der »Kriegserklärung« des staatlichen Corona-Regimes an die bürgerliche Gesellschaft eine Raumordnung, die gleichwertige Lebensverhältnisse anstrebte, innerhalb weniger Monate zerstört worden ist.²

Brenner stellt damit zugleich eine Frage, die auch in der pandemiekritischen Publizistik unbeantwortet geblieben ist: Warum wurden in Deutschland und anderswo die virologisch-politischen Bombardierungen der regionalen Lebensverhältnisse widerstandslos hingenommen? Die Antwort ist simpel: Der scheinheilige »Sozialstaat« Deutschland hat seine Bürger über Jahrhunderte und Jahrzehnte hinweg auf eine Weise formiert, konditioniert und individualisiert, dass sogar die zweifelhaftesten »Fakten« und das durchsichtigste »Experten«-Gerede als Beiträge zur sozialstaatlichen Gesundheitsvorsorge durchgehen konnten.

Es ist dieser sogenannte Sozialstaat selbst, der die Menschen in die Test- und Impfmedizin zwingt und vielenorts eine wohnortnahe Krankenhausversorgung verhindert, von einer effektiven Infektionsvorsorge durch Qualitätssicherung von Ernährung, Gesundheitsvorsorge in der Arbeitswelt und genügend Pflegepersonal ganz zu schweigen. Angela Mahr spricht im Falle der Corona-Kampagnen von einer »Simulation von Fürsorge«.

Sozialstaat gegen Raumordnung

TUMULT ist die einzige hochrangige Publikation, die bereits vor einigen Jahren den Sozialstaatsmythos, der von allen Bundestagsparteien, den Medien, den Gewerkschaften und den Nichtregierungsorganisationen nacherzählt wird, in Frage gestellt hat. Von Ausgabe Sommer 2018 an hat *TUMULT* eine Reihe von Beiträgen veröffentlicht, die darlegen, wie dieser allseits gefeierte »Sozialstaat« die Raumstrukturen in Deutschland erodieren ließ.³

EU-Sozialpolitik: »Formierung« einer einheitlichen Gesellschaft der billigen Arbeit

Der Politikwissenschaftler Rudolph Bauer hat im Frühsommer 2021 eine Sammlung von Aufsätzen⁴ veröffentlicht, die sich mit den Stereotypen der öffentlichen Pandemie-Debatte (»Corona-Leugner«, »Impf-Diktatur« etc.), aber vor allem mit den von der Gesundheits-Nebelwand verdeckten Wirtschaftsinteressen befassen. Bauer zufolge lässt die fast geräuschlose Durchsetzung eines übergreifenden Digitalisierungskonzepts für Deutschland im Rahmen des pandemiebedingten Konjunktur- und Sozialprogramms von 2020 erahnen, wie in Zukunft Gesundheits- und Sozialpolitik für andere große Vorhaben instrumentalisiert werden sollen.

Rudolph Bauer deutet das von ihm »Hygieneputsch« genannte Corona-Regime aber *nicht* als »Verschwörung« einiger Superreicher. Er beschreibt die Entwicklung seit März 2020 als Auseinandersetzung zwischen den Einfluss- und Machtinteressen globaler beziehungsweise transnationaler Organisationen (WHO, WEF, NATO und EU) und den Nationalstaaten sowie bestimmter autonomer Regionen in diesen Nationalstaaten. Diese sehen sich von verschiedenen Seiten wachsendem Druck ausgesetzt. Sie sollen auf die Lebensverhältnisse der Bevölkerung einwirken, um Zustimmung für vermeintlich unverzichtbare Maßnahmen zu beschaffen. Bauer benutzt für dieses vielfach konflikthafte Zusammenspiel der politischen Systeme den Begriff der »Intrige«.

Hin und wieder wird in der virenpolitischen Diskussion die rhetorische Frage gestellt, ob die schädlichen Auswirkungen der Corona-Krise die der Euro-Krise nicht bereits übertroffen hätten. Aber ein solcher Vergleich der Folgen beider Krisen ist irrelevant, weil die Frage falsch gestellt ist. In der Euro-Krise übten in Europa die Gewinnerländer (Deutschland u. a.) erstmals Druck auf die Verliererländer (Griechenland, Italien u. a.) aus – und zwar im Rahmen eines sogenannten Europäischen Semesters⁵ –, um den Abbau der Gesundheits- und Sozialsysteme einzuleiten.

Die richtige Frage müsste lauten: Wann und von wem wurde »entdeckt«, dass auf dem Schleichweg der milliardenschweren Gesundheits- und Sozialbudgetierung die starken EU-Länder die schwächeren EU-Länder als Restkonkurrenten ausschalten und zu Absatzmärkten und Arbeitskräfte lieferanten degradieren konnten? Bei der Recherche zu dieser Frage dürfen die Namen Merkel und Schäuble nicht fehlen. Die Wirtschaftsentwicklung in Europa vor und nach dem Zweiten Weltkrieg erhielt ihre Wachstumsimpulse aus der Erschließung der landwirtschaftlich-handwerklichen Räume.⁶ Die Verwirklichung gleichwertiger Lebensverhältnisse durch »Raumordnung« und Landesentwicklung war und ist hier der strategische Königsweg.

Bei der Vereinigung von Ost- und Westdeutschland und bei der Assoziierung europäischer Länder zur EU schlossen sich autonome Nationalstaaten mit teilweise unterschiedlichen Wirtschaftssystemen zusammen. So wurden enorme Wachstumspotenziale erschlossen.⁷ Und die Aufmerksamkeit der veröffentlichten Meinung wurde auf Disparitäten innerhalb des europäischen Wirtschaftsraums gelenkt. Eine andere Besonderheit dieses Wirtschaftsraums ist die Etablierung eines Systems der »Sozialsicherung« – so heißt die Strategieformel – durch steuer- oder beitragsfinanzierte Budgets und Fonds für Krankheit, Alter und Arbeitslosigkeit. Obwohl die europäischen Nationalstaaten eine Vielzahl von Sozialsicherungsformen aufweisen, ist deren Grundfunktion stets die gleiche: Die systembedingten Lohninbußen werden durch Lohnersatz in Form von Sozialtransfers und Sozialinfrastruktur kompensiert. Dieser Lohnersatz wird allerdings in erster Linie aus den Mehrwertsteueraufkommen, dem Lohnsteueraufkommen und den Sozialbeiträgen der Bevölkerung bzw. der abhängig Beschäftigten aufgebracht.

Im Zuge der Neoliberalisierung wurde zumindest in Deutschland die frühere Politikkonzeption gleich-

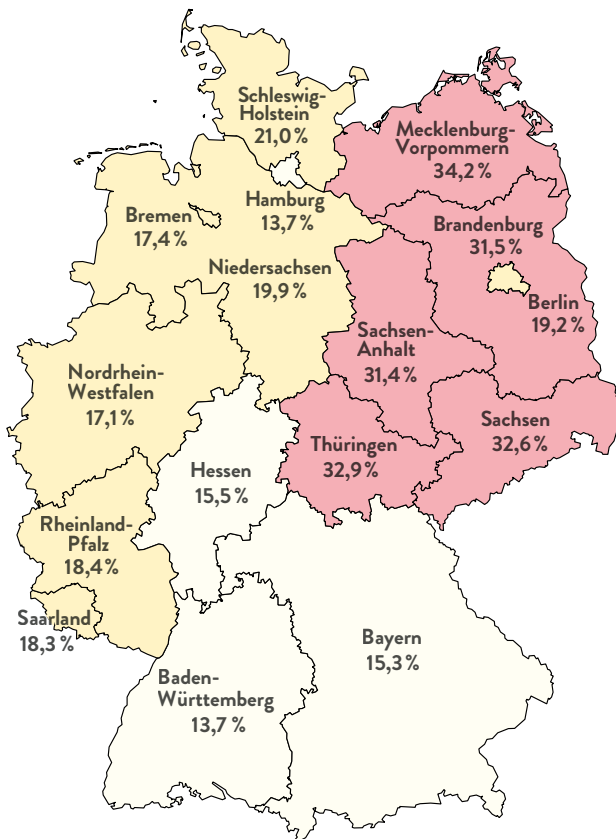
wertiger Räume, d. h. einer Stärkung wirtschaftlich schwächerer Regionen durch Steuertransfers aus den wirtschaftlich stärkeren Regionen nach der Strategieformel »Finanzausgleich«, weitgehend aufgegeben und durch eine »Clusterideologie« ersetzt: Konzentration aller Potenziale auf die weltmarktrelevanten Standorträume der stärksten Realkapitale mit Orientierung am Wirtschaftsraum Europa und am Weltwirtschaftsraum.⁸ Diesem Konzept unterwirft man sämtliche Euro-Länder.⁹ Ebenfalls aufgegeben wurde in Deutschland die Lohnpolitik einer tarif- und arbeitsrechtlichen »Lohndämpfung« durch Daseinsvorsorge, d. h. die Ergänzung der gewinnförderlich reduzierten Lohnquote durch kreditfinanzierte öffentliche Leistungen, Dienste und Einrichtungen. Stattdessen wurden die sogenannten Lohnnebenkosten, bei denen es sich strenggenommen um Neben-Löhne handelt, dazu benutzt, um tarifpolitisch geräuschlos die Löhne zu senken.¹⁰

- 1 Lothar Fritze: »Auf dem Weg in die totalitäre Demokratie«, in: *TUMULT* Sommer 2021, S. 31 ff., insbes. S. 35.
- 2 Peter J. Brenner: »Tabula Rasa«, in: *TUMULT* Sommer 2021, S. 10 ff.
- 3 Albrecht Goeschel: »Raumordnung (II): Die Liquidierung von Polis, Communitas und Familia durch den Sozialstaat«, in: *TUMULT* Sommer 2018. – Albrecht Goeschel: »Raumordnung (III): Zurichtung von Lebenswelten durch ihre Sozialfinanzierung«, in: *TUMULT* Winter 2018/2019. – Albrecht Goeschel: »Raumordnung (IV): Globalisierung: Effekt des Sozialstaats«, in: *TUMULT* Sommer 2019. – Albrecht Goeschel: »Raumordnung (V): Demokratischer Kolonialismus«, in: *TUMULT* Herbst 2020.
- 4 Rudolph Bauer: Vernunft in Quarantäne: Der Lockdown als Zivilisationsbruch und Politikversagen. Bergkamen 2021. Ähnlich: Jörg Goldberg: »Corona-Krise, Kapital und Politik in der Bundesrepublik«, in: *Z* – September 2020. Gerhard Schick: »Die große Verdrängung«, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, Nr. 1/2021.
- 5 »Die EU ergreift die Macht – Reaktion auf die Euro-Krise« www.handelsblatt.com/politik/international/reaktion-auf-die-euro-krise-die-eu-ergreift-die-macht. Vgl. auch Deborah Dreyer / Torge Strobach: Gesundheitliche Entwicklung der Bevölkerung ausgewählter Staaten im Kontext der EU-Finanzkrise. Hg. von der Hochschule Neubrandenburg 2017.
- 6 Burkart Lutz: Der kurze Traum immerwährender Prosperität. Frankfurt/Main 1989, S. 210–228.
- 7 Das Internetmagazin *Telepolis* hat in insgesamt 14 Folgen unter dem Titel »Bayern-Saga« nachgezeichnet, wie die Spätkapitalisierung Bayerns zunächst ein erstaunliches Wirtschaftswachstum, gefördert durch überlegte »Raumordnung« und Landesplanung, bewirkt hat. Unter den Ministerpräsidenten Stoiber, Seehofer und Söder wurde dieser Erfolg durch rückläufiges Wachstum, steigende Finanzialisierung und die Euro-Krise aber zu nichts gemacht.
- 8 Rudolf Martens: »Raumtypisierung und Regionen-Ranking. Zum Wandel der Planungs- und Förderungspolitik als Daseinsvorsorge in Genossenschaftsform«, in: Wolfgang George / Thomas Berg (Hg.): Regionales Zukunftsmanagement. Lengerich 2012.
- 9 Vgl. Deutsche Bundesbank: »Zur Problematik makroökonomischer Ungleichgewichte im Euro-Raum«, in: *Monatsbericht*, Frankfurt/Main, Juli 2010, S. 17 ff.
- 10 Thomas Zander: »Mindestlöhne. Einkommenspolitische Korrektur des Geschäftsmodells Deutschland?«, in: Sozialverband VdK NRW (Hg.): Lohnarbeit. Sozialstaaterneuerung in NRW durch bessere Löhne und Daseinsvorsorge. Düsseldorf 2011, S. 99–107.

Mit diesem »stillen Staatsstreich« (Heribert Prantl) der EZB und mit Haushaltsdiktaten und Sanktionen bei Verstößen gegen die Sparvorgaben der EU brachte man die innereuropäischen Interessen- und Konfliktlagen auf Kosten der Bevölkerung, des Mittelstands und der abhängig Beschäftigten miteinander in Einklang. Auf diese Weise hat die EU nach der Finanzkrise gegenüber den USA währungs- und wirtschaftspolitisch einen Vorsprung gewonnen. Die EU verwandelte sich in eine »Klassengesellschaft der billigen Arbeit« (Albrecht Goeschel) und der Austerität. Das heißt im Klartext: Man senkte die Löhne auf dem Umweg über die sogenannten Lohn-»Nebenkosten« und die Reduzierung der Staatsausgaben.

In Deutschland wurde zudem eine rigorose Niedriglohnpolitik betrieben.

Beschäftigung im Niedriglohn: Bundesländer 2020



Anteil Niedriglöhner in %
 □ bis unter 18 % □ von 18 bis 22 % □ mehr als 30 %

© Dr. Rudolf Martens, Bingen am Rhein, Oktober 2021. Datenquelle: Bundesagentur für Arbeit, Sozialversicherungspflichtige Monatsentgelte (Jahreszahlen) vom 20.07.2021, Tabelle 8.5.

In der Karte ist die räumliche Verteilung der sozialversicherungspflichtigen Vollzeitbeschäftigten mit Niedriglohn für 2020 dargestellt. Dies betrifft Bruttoentgelte bei einer »Niedriglohnschwelle« von 2.284 Euro brutto pro Monat. Zusätzlich sind

die Prozentzahlen der einzelnen Bundesländer vermerkt. Was unmittelbar ins Auge springt, ist der Unterschied zwischen Ost und West. In Ostdeutschland sind – mit Ausnahme von Berlin – die Anteile der Niedriglöhner durchschnittlich doppelt so hoch wie in Westdeutschland. Aber auch in Westdeutschland zeigen sich Unterschiede. Die wirtschaftlich stärksten Flächenländer Hessen, Baden-Württemberg und Bayern verzeichnen durchweg weniger Niedriglöhner als die West-Bundesländer zwischen Saarland und Schleswig-Holstein. Einen Sonderfall stellen die Stadtstaaten Bremen, Hamburg und Berlin dar. Sie heben sich mit niedrigeren Anteilen an Niedriglöhnern ab von den sie umgebenden Flächenländern. Das erklärt sich offensichtlich mit der hohen Wertschöpfung in Großstädten. Dieses inselhafte Muster trifft auch auf wirtschaftsstarke westdeutsche Großstädte zu wie beispielsweise Düsseldorf, Frankfurt am Main, Stuttgart und München.

Datengrundlage der Karte ist die Beschäftigungsstatistik der Bundesagentur für Arbeit. In ihr sind nur Personen erfasst, die nicht in Ausbildung sind und für die keine gesetzlichen Sonderregelungen gelten. Die Bundesagentur für Arbeit definiert die Niedriglohnschwelle als zwei Drittel des Medianentgelts (= statistischer Zentralwert, *kein* Mittelwert) aller Vollzeitbeschäftigten. Diese Schwelle betrug brutto 2.284 Euro pro Monat (Stichtag: 31.12.2020). Deutschlandweit lagen von 21,5 Millionen Vollzeitbeschäftigten 4,0 Millionen oder 18,7% unter dieser Schwelle. Zahlen für Westdeutschland: 2,9 Millionen entsprechend 16,4% Niedriglöhner; Ostdeutschland ohne Berlin: 0,9 Millionen entsprechend 32,4%; Ostdeutschland mit Berlin: 1,1 Millionen entsprechend 29,1%. Beispielhafte westdeutsche Großstädte: Düsseldorf (13,4%), Frankfurt am Main (10,7%), Stuttgart (8,9%), München (9,8%).

Anmerkung zur Bestimmung der Niedriglohnschwelle: Der Median ist die Mitte beziehungsweise der Zentralwert einer nach Größe geordneten Datenverteilung und ist *nicht identisch mit dem statistischen Mittelwert* dieser Datenverteilung. Der Median der nach Größe geordneten Bruttoentgelte ist stets kleiner als der entsprechende Mittelwert; folglich gilt dies auch für die Höhe der Median und *nicht vom Mittelwert* abgeleiteten Niedriglohnschwelle. Bei einer höheren *vom Mittelwert* abgeleiteten Niedriglohnschwelle stiege deutschlandweit der Anteil der Niedriglöhner um ca. ein Drittel. Nach der Median-Niedriglohnschwelle 2020 befände sich knapp ein Fünftel oder fast jeder Fünfte der versicherungspflichtig Vollzeitbeschäftigten im Niedriglohnbereich; nach der Mittelwert-Niedriglohnschwelle wären das ca. ein Viertel oder jeder vierte Vollzeitbeschäftigte. Dies zeigt exemplarisch, wie korrekte Statistik in eine politisch opportune Darstellungsweise gezwängt wird.

Zwar erwies sich die Schwäche des Dollar gegenüber dem Euro für den »Exportweltmeister« Deutschland als große Absatzbarriere. Aber das deutsche Machtkartell fand einen Ausweg: Mittels massiver Senkung der Arbeitseinkommen und Sozialleistungen sorgte es für eine »innere Abwertung« des Euro. Mit Hilfe des Fiskalpakts und seiner Sanktionsdrohungen brachte das deutsche Machtkartell insbesondere die südlichen Euroländer auf Linie.¹¹ Der deutsche Wirtschaftssachverständigenrat ließ es sich nicht nehmen, diese radikale Austeritätspolitik mit Sparzwang für die EU-Gebietskörperschaften als paradox zu kennzeichnen: Wenn niemand mehr Investitionen tätige, gebe es auch kein Wachstum – aber nur mit Wachstum könne in kapitalistischen Wirtschaftssystemen

die öffentliche Verschuldung reduziert werden. Offenbar verkannte der Sachverständigenrat, dass es schon genügen würde, wenn die Fiskaldiktate eine Umverteilung der Gewinne von den mittelständischen Handels- und Dienstleistungssegmenten hin zu den großbetrieblichen Export- und Lieferunternehmen bewirkten.

War die Euro-Krise eine Manöverübung für das Corona-Regime?

Das deutsch-europäische Machtkartell hat auch versucht, die Finanz-, Budget- und Euro-Krise durch Einschränkung der Haushaltssouveränität europäischer Staaten zu bewältigen (Heribert Prantl). Auf Grund der Paradoxie der von Merkel und Schäuble diktierten Sparpolitik nach der Strategieformel »Schuldengrenze« blieben dieser Politik jedoch große Erfolge versagt. Der deutsche Kapitalismus wandte sich zunehmend von der Realproduktion ab und der Finanzwirtschaft zu. Die Folgen sind bekannt: Der deutsche Niedriglohnsektor hat sich zum größten in ganz Europa entwickelt. Die Infrastruktur in Deutschland verfällt, die Wohnungsangebot ist unzulänglich, Landwirtschaft und Nahrungsmittelproduktion gleichen chemischen Laboren und schädigen die Volksgesundheit.

Als wäre es zur Rechtfertigung dieser Politik bestellt worden, erlaubte das Corona-Regime tiefere Eingriffe in die Lebens- und Arbeitsverhältnisse als die Euro-Krise mit ihrem Fiskalpakt. Insbesondere aus der europaweiten Begünstigung von Kurzarbeit, hauptsächlich finanziert von den Arbeitslosenversicherungen, also von den Arbeitnehmern selbst, resultierte eine enorme Steigerung der Unternehmensgewinne.¹² Gleichzeitig ermöglichte sie es den Unternehmen, auf zusätzliche Mitarbeiterreserven zuzugreifen. Auch die Privilegierung von Heimarbeit hat die Position der Unternehmen gestärkt, denn hier kann die Einhaltung der Regelungen des Arbeitsrechts weitaus weniger streng überwacht werden als bei der Werks- und Büroarbeit.

Bekanntlich beschleunigten die vom Corona-Regime angeordneten Lockdowns die Digitalisierung der Arbeitswelt: Der Marktanteil der Unternehmen mit Liefer- und Zustelldiensten expandierte, der Anteil von Gemeinschaftsarbeit an der Gesamtarbeitszeit reduzierte sich deutlich, und der reguläre Schulbesuch wurde monatelang unterbrochen.

Außerdem wurden bewährte und unverzichtbare Einrichtungen des Gesundheitswesens und der Krankenpflege geschädigt und teilweise sogar aufgelöst

und durch anonyme Praktiken der Pharmamedizin ersetzt. Das schwächte auch die Bereitschaft und Fähigkeit der Bevölkerung, eigenverantwortlich für eine gesunde Lebensweise zu sorgen und den großen Volkskrankheiten Einhalt zu gebieten.

Was tun?

In weit höherem Ausmaß als die Euro-Krise hat das Corona-Regime in Deutschland die Lebensgrundlagen und Arbeitsverhältnisse der qualifizierten Berufe in Mitleidenschaft gezogen. Aus diesem Grund haben schon im Frühjahr 2020 viele Ärzte, Rechtsanwälte, Mittelständler und andere Gruppen damit begonnen, Netzwerke unterhalb und außerhalb staatlicher Einrichtungen zu bilden. Und sie haben für den Fall einer Unterbrechung von Versorgungs- und Lieferketten zur Eigenhilfe aufgerufen.

Bedauerlicherweise haben sich Architekten und Ingenieure bisher nur vereinzelt am Aufbau einer staatsunabhängigen Lebensraumgestaltung beteiligt. Doch gerade die Ausplünderung der Städte und die Verödung vieler Geschäftsflächen infolge der in der Immobilienbranche praktizierten künstlichen Verknappung des Raumangebots machen langfristig angelegte Gegenstrategien nötig.

Das eklatante Versagen des vom Parteienstaat regulierten Verwaltungsapparats in den jüngsten Hochwasserkatastrophen belegen aufs Neue, dass Anstöße zum Aufbau leistungsfähiger Dienste von den betroffenen Berufsgruppen selbst ausgehen müssen.

¹¹ https://de.wikipedia.org/wiki/Europäischer_Fiskalpakt

¹² Klaus Dräger / Michael Herman: »Das europäische Kurzarbeitergeld ist ein Geschenk an die Konzerne«; <https://jacobin.de/artikel/sure-eu-kurzarbeitergeld-kurzarbeit/>. Ähnlich: <https://gewerkschaftsforum.de/kurzarbeitergeld-das-geschenk-an-die-konzerne-europaweit/>